

## Armut ist ein Querschnittsthema

### Alleinerziehende besonders betroffen – Viele Politikfelder gefragt

Armutsbekämpfung muss ein zentrales Anliegen jeder Landesregierung sein und ist bitter nötig. Das zeigt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung: Die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden mit einem Kind liegt demnach bei 68 Prozent und nicht bei den auch schon erschreckenden 43 Prozent, die bisher im Raum standen. Das Land muss diese Forschungsergebnisse aufnehmen und in wirkungsvolle Politik umsetzen. Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene vehement für die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung einsetzen. Sozialministerin Carola Reimann hat erste vorsichtige Signale in diese Richtung gegeben. Der echte Bedarf für Kinder muss endlich unabhängig berechnet werden. Das Bildungs- und Teilhabepaket muss so ausgebaut werden, dass jedes Kind die Materialien bekommt, die es tatsächlich benötigt – vom Tablet bis zu den Fachbüchern.

Seit 20 Jahren setzt der Gesetzgeber auf Beratung im Rahmen von Trennungsprozessen in Familien. Ausbau und Spezialisierung der Jugendämter und Beratungseinrichtungen hinken hinterher. Erfreulich, wenn „das Netz [...] verdichtet werden soll“, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Ausbildung und Schulung des Fachpersonals gehört dazu. Möge der Landesjugendhilfeausschuss die Themen aufgreifen und engmaschig begleiten. Die Landesregierung will die Stellungnahmen der Gremien schließlich „zukünftig besser in die politische Arbeit einbeziehen“.

„Die Landesregierung setzt sich für die weitere Förderung der Familienverbände ein.“ Auch das steht im Ko-

alitionsvertrag. Eigentlich braucht sie nur die Förderung der tatsächlichen Aufgaben entsprechend anzuheben. Angebote zur Familienfreizeit mit Bildungsangebot und Zuschussvermittlung zur Familienerholung machen sich nicht zum Nulltarif, ebenso wie die Unterstützung von Alleinerziehenden auf allen Ebenen.

Der soziale Wohnungsbau soll ausgebaut werden. Das hilft hoffentlich auch den Alleinerziehenden, viele finden derzeit schlicht keinen bezahlbaren Wohnraum. Mütter können nach gewaltbelasteten Trennungen nicht das Frauenhaus verlassen und blockieren dort die wenigen Schutzplätze. Die geplante Wohnungsbauförderung ist nur für wenige Alleinerziehende ein Instrument, 70 Prozent haben gar kein Geld für den Erwerb von Wohneigentum.

Bildung und Betreuung sollen auf vielen Ebenen angegangen werden. Beitragsfreiheit im Kindergarten ist gut, hilft den meisten Alleinerziehenden aber nicht, weil sie aufgrund ihrer Finanzlage ohnehin keine Beiträge zahlen. Wichtig ist der qualitative Ausbau, denn nur wenn die eigenen Kinder gut versorgt sind, gehen Mütter auch ohne schlechtes Gewissen einer Berufstätigkeit nach. Lässt der Ganztagsbereich in der Kita schon zu wünschen übrig, ist die Versorgung im Grundschulbereich schlicht unzureichend. Nachmittagsangebote im Lückentext und 13 Wochen geschlossene Tore in den Schulferien sind keine Basis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Rückgang von Arbeitsvolumen oder gar Arbeitslosigkeit von Alleinerziehenden fallen in diese Lebensphase. Land und Kommunen

müssen daran gemeinsam arbeiten, auf Augenhöhe und ohne nur die jeweils eigenen Finanzen im Auge zu haben. „Lehrerversorgung und Fortbildung sollen auf dem Plan stehen.“ Wir erwarten, dass die Lebenswelten von Einelternfamilien und entwicklungspsychologische Erkenntnisse für gelingendes Kinderleben Standards in der Ausbildung werden.

„Die Interessen der Kindertagespflege sollen berücksichtigt werden“, schreiben SPD und CDU. Da muss Konkretes folgen. Wir erwarten die Umsetzung eines eigenen Berufsbildes mit existenzsichernder Bezahlung. Erprobte Konzepte brauchen nur umgesetzt werden.

Letzter Punkt ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Alleinerziehende haben eine hohe Erwerbsbeteiligung. Die Entwicklung des fachlichen Potenzials sollte im Zentrum der Förderung stehen. Die finanzielle Förderung der verschiedenen Bausteine muss angeglichen werden und existenzsichernd sein (BAB, SGB II, BAFÖG, Ausbildungsvergütung). Gleichzeitig muss Zeit und Kraft für das Miteinander in der Familie bleiben. Diesen Rahmen muss die Gesellschaft – heißt in diesem Fall: unsere Landesregierung – gestalten. Denn die verantwortungsbewusste Begleitung von Kindern ins Leben ist der Grundstock für eine stabile, demokratische Welt von morgen.

Monika Placke

Landesgeschäftsführerin

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Niedersachsen e.V.